



## Grundlagen und Selbstverständnis

Freie und unabhängige Wählergemeinschaften haben in Schleswig-Holstein eine lange Tradition und sind auf kommunaler Ebene seit Jahrzehnten ein stabiler und verlässlicher politischer Partner. Bei der letzten Kommunalwahl 2008 erreichten sie mehr als die Hälfte aller Mandate in Gemeinden, Städten und Kreisen - das deutschlandweit beste Ergebnis.

Als starke und häufig stärkste Fraktion machen viele Freie Wähler sachliche Politik vor Ort und stellen unzählige Bürgermeister. Das sind jahrzehntelange Vertrauensbeweise und Hinwendungen zu unabhängiger, sachorientierter Politik.

Trotzdem spiegelt sich der lokale Einfluss der Wählergemeinschaften nicht im Schleswig-Holsteinischen Landtag wider, obwohl dort die Weichen für die Kommunen gestellt werden (Festlegung der Pflichtaufgaben, Finanzen, Verwaltungsstruktur, Landesentwicklungspläne etc.).

Das muss sich ändern! Bürgernahe Politik, auch im Landtag, kann am besten von dort ausgehen, wo die Menschen leben, vor Ort in den Städten und Gemeinden. Das Hauptanliegen der Freien Wähler ist daher die Stärkung dieser kommunalen Basis.

Die Freien Wähler gehören keinem der herkömmlichen politischen Lager an und haben auch keine Patentantworten auf alle Fragen. Die Freien Wähler sind ein lebendiger politischer und demokratischer Organismus, der es sich zur Aufgabe macht, die Interessen der Bürger aufzugreifen, um sie sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene konsequent umzusetzen. Im Kern jeder politischen Arbeit stehen Sachthemen, nicht politische Abstraktionen.

Um die unmittelbare Teilnahme der Bürger an Entscheidungen verbessern zu können, gilt es, durch mehr Autonomie und durch Reduzierung von Quoten und Formalien die basisdemokratischen Elemente Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu stärken. Freie Bürger, Bürgerinitiativen und Vereine müssen ihre Interessen besser durchsetzen und somit aktiv an der politischen Entscheidungsfindung teilnehmen können.

Überregional müssen die Elemente der direkten Demokratie durch Erleichterungen bei Volksbegehren gestärkt werden. Dem Landtag muss ferner die Möglichkeit eingeräumt werden, bei wichtigen Fragen der Landespolitik die Bevölkerung per Volksentscheid zu beteiligen. Zur Verbesserung der örtlichen Strukturen schlagen wir u.a. vor:

- Qualifiziertes Vetorecht der Städte und Gemeinden bei Gesetzesvorhaben, die in die Autonomie der Kommunen eingreifen
- Mehr Autonomie für die örtlichen Schulen durch Budget- und Personalhoheit der örtlichen Schulträger
- Mitbestimmungsrecht der Kommunen beim Landesentwicklungsplan
- Neustrukturierung der Behörden unter Stärkung der Städte und Gemeinden
- Reduzierung der Aufgaben der Kreisverwaltungen bei Verteilung dieser Aufgaben auf Städte und Gemeinden, Vermeidung von Doppelstrukturen, freiwillige Zweckverbände und Landesbehörden
- Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs.



Durch das rein sachliche Betrachten von Problemstellungen ohne ideologische Scheuklappen und das Einbeziehen von Fachleuten außerhalb der Politik können oft neue und vernünftige Lösungen gefunden werden.

Die Freien Wähler bekennen sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, zu Transparenz und Bürgernähe. Nur durch das Mitgestalten der Bürger kann unser Land sich für alle positiv entwickeln. Vernunft und Sachlichkeit müssen im Vordergrund stehen.

Die Freien Wähler bekennen sich außerdem zu einer dringend erforderlichen Erneuerung der politischen Kultur, bei der vor allem die Glaubwürdigkeit von Politikern wieder zu einer verlässlichen Größe wird. Politiker und andere Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich wieder als Vorbilder verstehen, wie anders wollen sie sonst Verantwortung für andere Menschen tragen? Glaubwürdigkeit beginnt für uns mit Selbstbeschränkung, also mit einer Begrenzung der Dauer politischer Ämter, der Angemessenheit von Versorgungen von Politikern und der Abschaffung unangemessener Privilegien. Politische Ämter sollten auf eine Laufzeit von zwei Wahlperioden begrenzt werden und die Altersversorgung sich an dem orientieren, was für alle Menschen im Land gilt. Da fängt Glaubwürdigkeit an.

Die Krise der Landesbanken und konkret die der HSH Nordbank zeigen deutlich das Versagen der bisherigen Politik. Durch falsche Renditeforderungen, fehlende Kompetenz sowie mangelhafte Kontrolle ist unser Land an den Rand des Ruins getrieben worden. Gipfel des Vertrauensverlustes sind die Zahlungen von Boni in Millionenhöhe an den jetzigen Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank. Finanziert wird dies durch die Steuerzahler. Das hätte es mit uns nicht gegeben. Die Freien Wähler hätten mit diesem Geld lieber 60 dringend benötigte Lehrer- oder Polizeistellen für ein volles Jahr finanziert.

Seriosität wird unseren Kandidaten seit Jahren vor Ort attestiert. Man vertraut ihnen, weil sie ehrlich, offen, bodenständig und vernünftig sind.

## **Das brauchen wir auch im Landtag!**

Im Folgenden stellen wir Ihnen unser Wahlprogramm in zusammengefasster Form vor.

Auf unserer Webseite [www.fw-in-sh.de](http://www.fw-in-sh.de) finden Sie zu einigen Themen ausführlichere Informationen.



## **1. Wirtschaft und Finanzen**

### **1.1 Wirtschaft**

Die Komplexität der globalen Wirtschaft und deren Auswirkungen auf Schleswig-Holstein sind uns bewusst und auch wir haben kein Patentrezept für die Lösung der Weltwirtschaftskrise. Aber wir können einige Stellschrauben für unser Land positiv verändern und im ständigen Dialog mit Fachleuten die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen. Mehr im Wahlkampf zu versprechen halten wir für nicht glaubwürdig.

### **Kommunale Wirtschaftsförderung**

Kommunale Wirtschaftsförderung kann sich nicht auf die Vermittlung von Gewerbe- und Industrieflächen beschränken. Für die Betreuung und Pflege des Bestandes und der Ansiedlung neuer Unternehmen sollten sich zentrale Anlaufstellen durchsetzen (neudeutsch: One-Stop-Shops), die als Ansprechpartner für alle wesentlichen Vorgänge gelten: Gewerbebeanmeldung, Finanzamt, Banken, Gründungsberatung, Handelsregister etc. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie fördert eine solche Entwicklung und führt die „einheitlichen Ansprechpartner“ bereits ein. Somit muss es möglich werden, eine GmbH innerhalb einer Woche zu gründen.

Ein weiterer, viel versprechender Ansatz zur Wirtschaftsförderung sind Überlegungen für Konzepte, die sich an bestimmten Kompetenzen orientieren und inhaltliche Schwerpunkte setzen. Damit sind Verbindungen und Cluster zur Vernetzung von Wirtschaft und Forschung gemeint.

### **Verbesserung der Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft**

Durch die Banken- und Finanzkrise haben zahlreiche Unternehmen Schwierigkeiten, Kreditzusagen zu erhalten. Was anderenorts für Großkonzerne möglich ist, sollte auch für kleinere, regionale Unternehmen möglich sein. Zur Sicherung und Schaffung von regionalen Arbeitsplätzen in zukunftssträchtigen Unternehmen müssen Mittel gefunden werden, diesen Unternehmen die Kreditversorgung zu sichern. Die Freien Wähler setzen sich für ein Bürgschaftsprogramm zur Existenz- und Zukunftssicherung der mittelständischen und kleingewerblichen Wirtschaft ein.

### **Breitbandnetze im ländlichen Raum**

Damit der ländliche Raum in einer globalisierten Welt gleiche Chancen wie der urbane Raum hat, ist ein hier zügiger Ausbau der Breitbandnetze im ländlichen Raum zwingend erforderlich. Ohne eine funktionierende, schnelle Internetanbindung ist der ländliche Raum in seiner Entwicklung behindert. Wir unterstützen ausdrücklich die Forderungen der regionalen Wirtschaft und der Industrie- und Handelskammern nach einem schnellen Ausbau der Breitbandnetze.

### **Stärkung des Mittelstandes**

Von großer Bedeutung für die Stabilität der Wirtschaftslandschaft Schleswig-Holstein sind die mittelständischen Betriebe. Sie zu stärken hat daher hohe Priorität. Riesige Fabriken mit unzähligen Arbeitsplätzen ansiedeln zu können, ist Träumerei. Realität ist der Erfolg unserer Gewerbegebiete mit kleinen und mittleren Unternehmen, die auch im Austausch untereinander für Wertschöpfung in der Region sorgen und stabile Arbeits- und Ausbildungsplätze weiterhin vorhalten

Im Hinblick auf die prognostiziert schlechte Einnahmesituation der Kommunen ist zukünftig auf eine geringe Flächeninanspruchnahme der Gewerbegebiete zu achten. Dies führt zu niedrigeren Investitionskosten und langfristig geringen Unterhaltungskosten der Infrastruktur.



Durch erneuerbare Energien sind mehr Arbeitsplätze entstanden als im traditionellen Schleswig-Holsteiner Schiffbau, den Kohle- und Atomkraftwerken. Schon in einigen Jahren kann hier mehr Strom produziert werden, als vor Ort benötigt wird. (Erkenntnisse aus der Zeit Austermann, Energie-Grünbuch). Es gilt, diese zukunftsweisenden Technologien wettbewerbsfähig zu machen.

Für das Handwerk bietet außerdem die wärmetechnische Sanierung der Häuser und Wohnungen ein Beschäftigungsprogramm für die nächsten Jahrzehnte; 80 % (!!!) unseres Energiebedarfes wird – noch - für die Heizung privaten Wohnraumes benötigt. Neben den erneuerbaren Energien sind Umwelt- und Effizienztechnologien Leitmärkte der Zukunft. Hier können Arbeitsplätze in erheblichem Ausmaß geschaffen werden.

## **1.2 Finanzen**

Seit 1970 haben die jeweils regierenden Parteien laufend mehr Geld ausgegeben als eingenommen und in jedem Jahr den Schuldenstand des Landes drastisch erhöht. Aktuell ist das Land mit über 23 Mrd. € verschuldet.

Der Landesrechnungshof warnte im April 2009 vor einer Gefährdung des gesamten Landes, wenn sich die Finanzpolitik nicht entscheidend ändere. Im Juli 2009 beschlossen Parlament und Regierung jedoch, die Verschuldung des Landes weiter voran zu treiben und den Schuldenstand bis zum Jahr 2012 auf über 30 Mrd. € anwachsen zu lassen. Die für die HSH Nordbank anfallenden weiteren Stützungszahlungen sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt. Alles, was da noch auf uns zukommen kann, muss sofort und umfassend durch eine ehrliche und schonungslose Bestandsaufnahme auf den Tisch.

Die Freien Wähler werden sich dafür einsetzen, dass alle Investitionen des Landes nur noch getätigt werden, wenn sie die Grundsätze der Generationengerechtigkeit erfüllen und ihre Refinanzierung gesichert ist.

Ohne einen grundlegenden Wandel in der Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik ist der Absturz unseres Landes in die Handlungs- und Gestaltungsunfähigkeit vorprogrammiert. Dies führt zu weiteren Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger von Schleswig-Holstein.

Wirtschaftliches Denken muss Grundlage politischen Handelns werden! Alle Handlungsbereiche müssen auf Einsparpotenziale überprüft werden. Auch und gerade in allen Ebenen der Verwaltung.

***Zentralisierung - dort, wo wirtschaftlich und notwendig***

***Dezentralisierung - dort, wo für die Bürger sinnvoll und sparsam***

Die konsequente Umsetzung dieses Grundsatzes wird die mittelfristige Sanierung des Landes bewirken und dem Bürger nützen, weil sie den Kommunen mehr Kompetenzen und mehr finanzielle Spielräume eröffnet. Zusätzlich werden wir die Freiräume für Kooperationen zwischen den Kommunen und zwischen den Ländern schnell und unbürokratisch erweitern.

Ein Bevölkerungswachstum wird sich in Schleswig-Holstein nicht einstellen. Die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten und Bedarfe für die unterschiedlichen Bereiche der Daseinsvorsorge müssen vorausschauend erarbeitet werden. Die Freien Wähler werden die Expertise der Fachleute zu nutzen wissen und das Land gut durch den demographischen Wandel führen.



## 2. Bildung und Schule

Bildung gehört zu den wichtigsten Gütern für die Menschen und deren Zukunft. Deshalb muss Bildung im Sinne eines kompakten, durchgängigen und effizienten Bildungssystems auf der Grundlage modernster wissenschaftlicher Erkenntnisse Vorrang vor vielen anderen Landesaufgaben haben. Die Freien Wähler werden deshalb in ihrer Landespolitik Prioritäten für Bildung setzen und sich insbesondere für folgende Punkte stark machen:

1. In die Schulen muss wieder Ruhe und Kontinuität einkehren, die Zeiten eines ideologisch geprägten Reformismus müssen vorbei sein. Deshalb - keine neuen Reformen!
2. Den Schulen ist wesentlich mehr Selbständigkeit und Kompetenz zuzugestehen als bisher (Lehrer- und Schulleitereinstellungen, pädagogische Profile, Budgethoheit u.a.m.) Die enge Einbindung in kommunale Strukturen ist nachhaltig zu fördern. Schulen in freier Trägerschaft sind gleichberechtigt zu unterstützen.
3. Die ortsferne ministerielle Schulaufsicht ist weitgehend zugunsten eines schulnahen Kontrollinstrumentariums abzubauen.
4. Alle vom Lande bezahlten Lehrerstunden müssen direkt bei den Schülern ankommen.
5. Alle Schüler haben ein Recht auf den gesamten Fächerkanon bis zum Abschluss, auch in den sogenannten Nebenfächern.
6. Lehrer und Schulleitungen sind von unnötigen bürokratischen Aufgaben weitgehend zu entlasten, damit sie sich umso leistungsfähiger auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren können.
7. Das achtjährige Gymnasium und die Profiloberstufe sind neu zu formieren unter Beachtung der massiven Proteste von Schülern, Eltern und Lehrern. Den Schülern ist wieder mehr Raum für eine vielseitige kulturelle, soziale und sportliche Freizeitbetätigung einzuräumen.
8. Die Lehrerausbildung ist entsprechend den Anforderungen eines modernen Schulsystems und der geänderten Schullandschaft stringent in Richtung größerer Praxis- und frühzeitigerer Berufsorientierung sowie höherer Ausbildungseffizienz zu reformieren. Die Ausbildung darf nicht beim ersten Staatsexamen enden. Keine Zeitverträge unter Aussparung der großen Ferien.
9. Die Finanzierung erhöhter Bildungsaufgaben ist durch Prioritäten zugunsten der Bildung im Landeshaushalt und durch radikale Einsparungen in den Ministerien und Verwaltungen zu gewährleisten. Einsparungen aufgrund zurückgehender Schülerzahlen sind mindestens zur Hälfte für Verbesserung in den Schulen einzusetzen.
10. Vorschulische Bildung und Erziehung muss nach Bedarf vom zweiten Lebensjahr an im Sinne einer qualifizierten Betreuung, einer frühzeitigen Sozialerziehung und der Förderung einer frühkindlichen Bildung ermöglicht werden.



### **3. Natur und Umwelt**

Die Freien Wähler bekennen sich zu einem sorgfältigen Umgang mit unserer Natur. Sie unterstützen die Bürgerinitiative gegen die CO<sub>2</sub>-Einlagerung.

Die Freien Wähler setzen sich für die Erstellung eines ausgereiften Energie-Konzeptes ein, das den Energiebedarf der Bevölkerung und der Wirtschaft für die nächsten 20 Jahre aufzeigt und der Bevölkerung zur Abstimmung durch einen Volksentscheid vorgelegt werden kann. Wir können nicht nach jeder Wahl energiepolitisch wieder von vorne anfangen.

Ohne ein umfassendes und langfristiges Energiekonzept für Schleswig-Holstein und ohne eine Entscheidung durch die Mehrheit der Bevölkerung sollten keine neuen Kohlekraftwerke genehmigt werden. Bis zur Erstellung des von uns geforderten Energiekonzeptes fordern wir:

- Erforschung und Nutzung der Möglichkeiten zur Energieeinsparung und Gewinnung erneuerbarer Energien
- Jährlich wachsende Energiestandards für Neubauten
- Keine Anrechnung von Ersatzbauten im Rahmen des Landesentwicklungsplanes 2009
- Dezentrale Wärmenetze für die Kommunen
- Verstärkter Ausbau von Erdwärme unter Sicherstellung des Schutzes des Grundwassers
- Nachhaltiger ökologischer Ausbau der Biomassenutzung ohne Mehrfachsubventionierung
- Verstärkter Ausbau der Windenergie bei degressiver Förderung.

Der Schutz des Grund- und damit des Trinkwassers muss oberste Priorität im Land haben. Das bedeutet nicht nur in der Abfallwirtschaft, sondern auch in Industrie und Landwirtschaft einen sorgsamem Umgang mit Einträgen in den Boden und das Grundwasser. Jede Bohrung bedarf gesonderter Vorerkundungen und Sicherungsmaßnahmen, damit ein Eindringen von Brackwasser in das Grundwasser verhindert wird.

Umweltprojekte sind grundsätzlich gemeinsam mit ortsansässigen Initiativen, Vereinen und den Kommunen umzusetzen. Die Federführung aller Umweltprojekte sollte, wann immer möglich, auf lokaler Ebene liegen. Dadurch ist die notwendige Nachhaltigkeit gewährleistet und die Etablierung von Umweltprojekten lässt sich mit der Bevölkerung viel schneller und preiswerter realisieren als „von oben herab“.

Vor einer möglichen Elbvertiefung sind die umweltpolitischen Risiken für das Grundwasser in SH zu prüfen. Für die Maßnahme sind Wirtschaftlichkeitsnachweise zu erbringen und die Bevölkerung ist entsprechend zu informieren.

Die feste Fehmarnbeltquerung wird das Hochwasserrisiko zwischen Fehmarn und Lübeck deutlich erhöhen. Daher fordern die Freien Wähler für den gefährdeten Küstenbereich und die dort liegenden Städte einen vorbeugenden Hochwasserschutz durch Bund und Land.

### **4. Landwirtschaft**

Die Freien Wähler setzen sich für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft ein. Ein ausgewogenes Verhältnis von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft muss Ziel der Landespolitik sein. Deshalb fordern die Freien Wähler u. a.:

- Bauernland muss in Bauernhand bleiben und darf nicht an Finanzinvestoren verkauft werden



- Verringerung der landwirtschaftlichen Subventionen mit dem Ziel, die dörfliche Infrastruktur zu fördern und zu erhalten
- Deutliche Kennzeichnungspflicht für Analoglebensmittel.
- Die Freien Wähler unterstützen den BDM (Bund Deutscher Milchviehhalter), ein Milchboard einzurichten. Dadurch soll eine bedarfsorientierte Milchmengensteuerung erreicht werden, ohne durch Exporte in andere Länder die Milchwirtschaft zu schädigen.
- Die Erhaltung der Küsten- und Binnenfischerei ist zu fördern. Deren berechnigte Interessen an einer nachhaltigen Fischerei werden von den Freien Wählern unterstützt.
- In Schleswig-Holstein und in den einzelnen Regionen sollen mindestens 2/3 der landwirtschaftlichen Fläche für die Nahrungsmittelproduktion genutzt werden. Dies ist bei der Genehmigung von neuen Anlagen für energetische Biomassenutzung zu berücksichtigen.

## 5. Kultur

Bildung und Kultur bilden in der Entwicklung der Zivilisation eine Einheit. Jenseits der materiellen Existenzsicherung ist der Mensch ein soziales, kulturelles und geselliges Wesen. Das Streben nach einem sinnerfüllten und glücklichen Leben ist ohne bildende Kunst, Literatur, Musik und einen kultivierten Umgang miteinander nicht vorstellbar. Die Probleme unserer Zeit sind nicht ausschließlich mit ökonomischen Mitteln lösbar, materielle Bedürfnisbefriedigung hat allein noch nie zu einem gelingenden, glücklicheren Leben geführt.

Aus diesem Grund werden sich die FW-SH mit Nachdruck für eine größtmögliche Kulturförderung im Lande einsetzen, insbesondere auch für einen verstärkten Zugang von jungen Menschen zu Angeboten kultureller Lebensgestaltung.

## 6. Innere Sicherheit

Die Innere Sicherheit eines demokratischen Sozial- und Rechtsstaates stellt ein unverzichtbares Gut für das Miteinander aller Menschen und Gruppierungen dar, das nicht aufgrund der von der bisherigen Landesregierung geschaffenen desolaten Finanzlage aufs Spiel gesetzt werden darf!

- Daher keine Streichung von Planstellen im Polizei- und Justizvollzugsbereich!
- Keine Pauschalstreichung von 150 Stellen im Bereich der Polizeiverwaltung, stattdessen analytische Untersuchung, Evaluation und ggf. sinnvolle Zusammenlegung von Arbeitsabläufen im Verwaltungsbereich der Polizei und Justiz.
- Kein "Maulkorb" für konstruktiv-kritische, ranghohe Polizeiführer (= Landepolizeidirektor), die in aller Deutlichkeit und sehr sachlich die besondere Einsatzbelastung der Polizei in SH ansprechen und kritisieren, durch die Politik (MdL)!
- Durch von anderen Parteien geforderten Aufgabenreduzierungen aufgrund der hohen Arbeits- und Einsatzbelastungen dürfen keine rechtsfreien Räume entstehen!
- Gesetzlich geregelte, finanzielle Beteiligung von Veranstaltern bei Großveranstaltungen und deutlich verstärkter Ordnungs- und Sicherheitsdienst für den Innenschutz (Fußball, Handball, internationale VA wie Weltmeisterschaften, Musikgroßveranstaltungen wie WOA - Wacken Open Air) werden zur Entlastung der zurzeit zugespitzten Einsatzbelastung der Polizei beitragen.